


 SPD

Fraktion der
Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands im
Rat der Stadt
Braunschweig

Anfrage	Datum	Nummer
Öffentlich	25. Nov. 09	1090/09
Absender SPD - Fraktion Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Adressat Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Gremium Rat	Sitzungstermin 8. Dez. 09	
Betreff Verpflichtende Früherkennungsuntersuchungen		

Der Niedersächsische Landtag hat in seiner Sitzung am 28. Oktober 2009 das „**Gesetz zur Förderung und Verbesserung des Schutzes von Kindern in Niedersachsen**“ beschlossen. Ziel soll es sein, die Zahl der Kinder, die an Gesundheitsuntersuchungen zur Früherkennung teilnehmen, zu erhöhen. Den örtlichen Trägern der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe sollen Daten der Kinder zur Verfügung gestellt werden, die nicht untersucht worden sind.

Die SPD-Ratsfraktion fragt deshalb die Verwaltung:

1. Welche Stelle innerhalb der Stadt ist nach Meinung der Verwaltung am besten geeignet, die Meldungen zu bearbeiten?
2. Wie soll nach Eingang der Meldung weiter verfahren werden?
3. Welche finanziellen Auswirkungen sind für die Stadt zu erwarten?

gez. Manfred Pesditschek
Fraktionsvorsitzender